

## ÖDP fordert neue Kehrsatzung

LERCHENBERG (red). Die Stadtratsfraktion ÖDP/Freie Wähler fordert eine Novellierung der Kehrsatzung. Der Grund hierfür: „Ein realitätsfernes Urteil hat nicht nur den Lerchenbergern Ärger beschert. Auch anderen Stadtteilen steht jetzt dieser Ärger ins Haus. Wenige Hausbesitzer mit unglücklicher Grundstückslage sollen die Kehrkosten für Andere mitbezahlen“, heißt es in einer Presseerklärung der ÖDP/Freien Wähler. Mit Nachforderungen wären das bis über 1 000 Euro pro Jahr, die geplagte „Vorderlieger“ an ihre glücklicheren Nachbarn abführen müssten, weil dies formaljuristisch korrekt sei. „Diese Ungleichbehandlung von Anliegern der gleichen Wohnwege stört den Nachbarschaftsfrieden in hohem Maße“, betonen die bei-

den Stadträte von ÖDP/Freien Wählern, Herbert Egner und Dr. Claudius Moseler. Nach Auskunft der Verwaltung werden 191 Haushalte („Vorderlieger“) mit zusätzlichen Straßenreinigungsgebühren belastet, die bisher mit weiteren 812 Haushalten („Hinterliegern“) solidarisch geteilt wurden.

Wie unwohl sich die Stadt bei der Vollstreckung des Urteils fühle, sei in der Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Mainz deutlich geworden, als die beiden Vertreter der Stadt selbst zugeben mussten, dass das juristische Problem einer politischen Lösung bedarf, so Egner und Moseler. „Auch der Vorsitzende Richter machte aus seinem Unbehagen keinen Hehl und kritisierte die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts, der er zu folgen habe.“